

## N i e d e r s c h r i f t

über die 31. des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 20.02.2014  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789  
Monheim am Rhein  
Beginn: 17:08 Uhr  
Ende: 22:28 Uhr

Anwesend:

### **Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

### **Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Karl-Heinz Göbel

ab Tagesordnungspunkt ö 6 (ab nö Beratung)

Herr Heinz-Jürgen Goldmann

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Karl König

Herr Bruno Kosmala

Herr Michael Nagy

Herr Reinhard Ockel

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Markus Schneider

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Peter Werner

### **Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Florian Große-Allermann

Herr Torsten Kinzel

Frau Janne Koch

Herr Karsten Köchling

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Frau Jana Lang

Frau Brinja Noth

ab Tagesordnungspunkt ö 6 (ab nö Beratung)  
bis einschl. Tagesordnungspunkt ö 10

Frau Lisa Pientak

Herr Max Riedel

Herr Lucas Risse

Herr Michael Strauss

ab Tagesordnungspunkt ö 6 bis Tagsord-  
nungspunkt ö 16

Herr Jens Timmermann

ab Tagesordnungspunkt ö 6

Herr Sven Timmermann

### **Mitglieder der SPD-Fraktion**

Frau Petra Arend-Karl

Herr Alaattin Bayrak

Herr Werner Goller

Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen

Herr Benjamin Daniel Kenzler  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlößer  
Herr Alexander Schumacher

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Stephan Emmeler  
Herr Manfred Poell

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

anwesend bei Tagesordnungspunkt ö 6 (einschl. nichtöffentlicher Beratung)

**parteilos**

Frau Lilo Friedrich

bis Tagesordnungspunkt ö 15  
(abwesend bei Abstimmung)

**Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier

**von der Verwaltung**

Frau Cansen Akcakavak  
Herr Andreas Apsel  
Frau Sonja Baumhauer  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Peter Heimann  
Frau Gisela Herforth  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Herr Dietmar Marx  
Frau Sabine Noll  
Herr Thomas Waters

bis Tagesordnungspunkt ö 6

**Gäste**

Herr Michael Hamann  
Herr Dr. Jochen Heide  
Herr Detlef Hövermann

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Dr. Norbert Stapper

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

**von der Verwaltung**

## **TAGESORDNUNG**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 30. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (18.12.2013) VIII/1498
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)
5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW: "Modellversuch zur Abgabe von Cannabis zur medizinischen Nutzung als Genussmittel" VIII/1502
6. Aufgabe des Bahnverkehrs der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) (Unterbrechung für eine zusätzliche Beratung im nÖT) VIII/1506
7. Konzept für das Ulla-Hahn-Haus - Grundsätze und Handlungsfelder VIII/1487
- Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)
8. Kindergartenbedarfsplanung 2014/2015 VIII/1457
9. Ausweitung des Angebotes des Projektes Mo.Ki unter Drei VIII/1477
10. Abschlussbericht Klimaschutzkonzept VIII/1451
11. Umfang von Ausschuss- und Ratsvorlagen im Rahmen der Bauleitverfahren VIII/1464
12. Bebauungsplan 1 B 6. Änderung "Armin-Maiwald-Schule" - Satzungsbeschluss VIII/1422
13. Errichtung eines Anbaus an der Grundschule am Lerchenweg -Baubeschluss- VIII/1493
14. Umbau und Erweiterung an der Hermann-Gmeiner-Schule zur Schaffung eines Speiseraums und einer Küche -Baubeschluss- VIII/1497
15. Nachtragshaushaltssatzung 2014 VIII/1523

16.	Entwurf Jahresabschluss 2008 der Stadt Monheim am Rhein	VIII/1507
17.	Über- und außerplanmäßige Mittel im Jahre 2013	VIII/1511
18.	Bildung eines Integrationsrates	VIII/1491
19.	Vorschlagslisten für die Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Düsseldorf und Sozialgericht Düsseldorf	VIII/1471
20.	Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2014 "Sachstand hinsichtlich der Verhandlungen zur Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums"	VIII/1509
21.	Anfrage des Seniorinnen- und Seniorenbeirates vom 06.02.2014	VIII/1508
22.	Public-Private-Partnership - Bestellung des Vertragsbeauftragten	VIII/1390
23.	Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss	VIII/1489
24.	Mündliche Mitteilungen	
24.1.	Termin Wahlausschuss	
24.2.	Teilnahme von Bediensteten an politischen Veranstaltungen	
24.3.	Flyer "Citi Safari"	
24.4.	Jugendamtsleiterin Frau Berg	
25.	Mündliche Anfragen	
25.1.	Anfragen von Ratsherrn Bosbach - CDU - zu verschiedenen Verkehrsregelungen im Stadtgebiet	
25.2.	Anfrage von Ratsherrn Kosmala - CDU - Einrichtung einer Nebenstelle der Langenfelder Felix-Metzmacher-Hauptschule in Monheim	
25.3.	Anfrage von Ratsherrn Brühlend - CDU - zur Verkehrssituation in der Schildgesgasse	
25.4.	Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - Vermietung des Ulla-Hahn-Hauses	
25.5.	Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - Fahrradabstellmöglichkeiten im Stadtgebiet	
25.6.	Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - zur Erschließungsmaßnahme Hofstraße	
25.7.	Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - zum	

Aktivierungsprogramm der städtischen Wirtschaftsförderung für die Monheimer Altstadt

- 25.8. Anfrage von Ratsherrn Risse - PETO - Sachstandsbericht zum städtischen Mängelmelder
- 25.9. Anfrage von Ratsherrn Risse - PETO - Herausgabe eines schriftliches Telefonverzeichnis

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 31. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Folgende Ratsmitglieder haben sich für die Sitzung entschuldigt:  
Frau Prondzinsky-Kohlmetz, FDP-Fraktion und Herr Dr. Stapper, Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Folgende Ratsmitglieder haben angezeigt, dass sie verspätet an der Ratssitzung teilnehmen werden:  
Frau Noth, Herr Strauss, Herr Köchling, Herr Jens Timmermann, alle PETO-Fraktion;  
Herr Göbel, Herr Ockel, Herr Schneider, alle CDU-Fraktion;  
Frau Schröder-Weber, FDP-Fraktion.

Der Bürgermeister gibt folgende Hinweise zur Tagesordnung:

Erweiterung der Tagesordnung soll um folgende Punkte

1. TOP ö 15 (neu) – Vorlage VIII/1523  
„Nachtragshaushaltssatzung 2014“
2. TOP nö 4 (neu), Vorlage VIII/1519  
„Grundstücksangelegenheiten - Ankauf eines Grundstückes –“

Die Vorlagen wurden mit Anschreiben vom 17.02.2014 in die Postfächer verteilt.

3. Zu TOP ö 17 (neu), Vorlage VIII/1511  
„Über- und außerplanmäßige Mittel im Jahre 2013“
4. Zu TOP nö 6 (neu), Vorlage VIII/1517  
„Bericht über ein Klageverfahren“

Die Unterlagen wurden - wie angekündigt- in die Postfächer verteilt.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion die Auffassung vertritt, dass über Teile der nachgereichten Vorlage VIII/1519 „Ankauf eines Grundstücks“ im öffentlichen Teil zu beraten sei. Insbesondere die vorgeschlagene Verlagerung des Städtischen Betriebshofes bedürfe einer Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung. Aufgrund der strengen gesetzlichen Anforderungen und die damit einhergehende Rechtsprechung sei eine Beratung im nichtöffentlichen Teil nicht zulässig. Sollte einer Beratung im öffentlichen Teil nicht zugestimmt werden, entfielen für seine Fraktion damit die Notwendigkeit der Beratung über die Vorlage VIII/1523 „Nachtragshaushaltssatzung“.

Der Bürgermeister gibt den Hinweis, dass die Debatte, ob eine Vorlage öffentlich oder nichtöffentlich zu beraten sei, bereits nichtöffentlich stattgefunden habe. Weiterhin erklärt er, dass über die relevanten Themen der Vorlage „Grundstückskauf“, die die CDU-Fraktion öffentlich beraten möchte, im Zusammenhang mit der Beratung über die Nachtragshaushaltssatzung im öffentlichen Teil erfolgen werde. Im nichtöffentlichen Teil ginge es ausschließlich um das Grundstücksgeschäft. Die von der CDU-Fraktion angesprochenen Punkte „Verlagerung des Betriebshofes“ und „Finanzierung der Baumaßnahme“, die in der Vorlage für den nichtöffentlichen Teil aufgeführt wurden, seien dort entbehrlich und würden im öffentlichen Teil bei TOP ö 15 thematisiert.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

**2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 30. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (18.12.2013)  
Vorlage: VIII/1498**

Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass er die Sitzung für eine 2. Fragezeit um 18.00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes unterbrechen werde.

**5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW: "Modellversuch zur Abgabe von Cannabis zur medizinischen Nutzung als Genussmittel"  
Vorlage: VIII/1502**

Der Bürgermeister teilt mit, dass zwischenzeitlich die datenschutzrechtliche Einwilligung des Petenten vorliege. Es handle sich um Herrn Wilfried Obst aus Köln.

Die Stellungnahme der Verwaltung sei überzeugend, erklären die Sprecher der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und P.E.T.O. Man werde der Beschluss-

empfehlung zustimmen.

### **Beschluss**

Dem Antrag wird nicht entsprochen.

### **einstimmig zugestimmt**

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 6 melden die Ratsherren Tim Brühland und Peter Werner - beide CDU - Ausschließungsgründe an und nehmen im Zuschauerraum Platz.

### **6 Aufgabe des Bahnverkehrs der Bahnen der Stadt Monheim GmbH (BSM) (Unterbrechung für eine zusätzliche Beratung im nÖT) Vorlage: VIII/1506**

Der Bürgermeister begrüßt die Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim am Rhein, Herrn Hövermann und Herrn Hamann, die zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Bevor der Bürgermeister die Diskussion eröffnet, weist er auf die bereits stattgefundene eingehende Beratung dieser Vorlage im Aufsichtsrat der Monheimer Verkehrs- und Versorgungsbetriebe (MVV) hin.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt für seine Fraktion die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Nachfragen u.a. zu einer kostendeckenden Nutzung des Schienennetzes beantwortet der Bürgermeister umfassend und führt weiterhin aus, dass erst nach dem Grundsatzbeschluss ein strukturiertes Bieterverfahren eingeleitet werde. An eine Umbenennung des Betriebes werde nicht gedacht.

Anschließend meldet sich der Sprecher der SPD-Fraktion zu Wort und erklärt, dass die vorliegende Vorlage nicht aussagekräftig genug sei, um heute eine Entscheidung treffen zu könne. Er stellt eine Vielzahl von Fragen zu einzelnen Themenfeldern wie z.B. Pensionslasten, Führungspersonal, Konzessionen, Infrastruktur, Vermögenswerte und Bilanz. Eine sachgerechte Erörterung sei ohne Beantwortung dieser Fragen für seine Fraktion nicht möglich.

Der Bürgermeister nimmt eingehend und umfassend Stellung. Er weist allerdings deutlich auf die Schwierigkeit zur Beantwortung einzelner Fragen, die sich auf konkrete personelle und finanzielle Einzelheiten beziehen, im öffentlichen Teil hin. Die Beantwortung dieser Fragen könne im nichtöffentlichen Teil der Sitzung erfolgen. Ergänzend zu seinen Ausführungen weist der Bürgermeister auf die den Fraktionen vorliegenden Grafiken aus der Vorlage für den MVV Aufsichtsrat hin. Dass ein Abwicklungsplan nicht vorgelegt werden könne, bevor nicht der Grundsatzbeschluss gefasst worden sei, erkläre sich von selbst.

Auch der Sprecher der CDU-Fraktion bemängelt die Aussagekraft der Vorlage. Viele entscheidungserhebliche Fragen und Auskünfte, die als Begründung für die Aufgabe des Bahnverkehrs notwendig seien, seien nicht ausgeführt worden. Er listet ebenfalls viele Themen auf, die s. E. noch beantwortet werden müssten. Dafür trage er sich mit dem Gedanken einer Sitzungsunterbrechung bzw. der Vertagung der Vorlage in eine nächste Sitzung, um in der Zwischenzeit die Infor-

mationen zu erhalten, die für die weitreichende Entscheidung notwendig seien.

Die aufgeworfenen Fragen werden eingehend durch den Bürgermeister beantwortet. Zusätzlich informiert er umfassend über Hintergründe zum Thema Wirtschaftlichkeit u.a. im Hinblick auf den Verbleib des Schienennetzes im Eigentum der BSM.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass auch ihrer Fraktion eine positive Zustimmung nicht leicht falle, da die Bahnsparte eine lange Tradition in Monheim habe. Allerdings ginge es darum eine wirtschaftliche Entscheidung zu treffen. Da absehbar sei, dass langfristig der Bahnbetrieb nicht wirtschaftlich geführt werden könne, werde die PETO-Fraktion der Vorlage zustimmen. Sie weist noch darauf hin, dass wegen künftiger Verhandlungen mit potentiellen Interessenten, mit der Preisgabe von internen Informationen sorgsam umgegangen werden müsse. Sie erklärt zu der Überlegung ihres Vorredners eine Sitzungsunterbrechung zu beantragen, diesen Antrag zu unterstützen.

Eine zeitliche Dringlichkeit heute die Entscheidung zu treffen, werde nicht gesehen, erklärt ein Sprecher der CDU-Fraktion.

Ein weiterer Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass er sich aufgrund der mangelhaften Information nicht in der Lage sehe, über die Vorlage zu entscheiden.

Der Bürgermeister weist nochmals auf die bereits stattgefundene Sitzung des Aufsichtsrates der MVV hin. Alle Fraktionen seien dadurch umfassend informiert. Aufgrund des bisherigen Verlaufs der Debatte sieht sich der Bürgermeister gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen und die Öffentlichkeit auszuschließen, um in einem eingeschobenen nichtöffentlichen Teil dem Geschäftsführer der Bahnen der Stadt Monheim die Möglichkeit zu geben, die verlangten tiefgreifenden und weiterreichenden Informationen zu geben.

Dieses Vorgehen wird vehement durch den Sprecher der CDU-Fraktion abgelehnt.

**Hinweis zum Protokoll: Die Niederschrift über die eingeschobene nichtöffentliche Beratung ist ohne Tagesordnungspunkt vor TOP n° 1 eingefügt.**

Der Bürgermeister bittet die Öffentlichkeit in den Sitzungssaal, um mit der Beratung im öffentlichen Teil fortzufahren. Er entschuldigt sich bei den Zuschauern für die Unannehmlichkeiten.

Der Bürgermeister ruft die vor der Herstellung der Nichtöffentlichkeit für den öffentlichen Teil verbliebene Rednerliste auf.

Man werde der heutigen Entscheidung zustimmen, erklärt der Sprecher der FDP-Fraktion. Es handele sich um eine rein wirtschaftliche Entscheidung, die zu treffen sei.

Obwohl seine Fraktion keinen Sitz im Aufsichtsrat der MVV habe und deshalb die dort erteilten Auskünfte nicht kenne, werde der Vorlage heute zugestimmt, teilt der Sprecher der Fraktion mit.

Im weiteren Verlauf der Diskussion stellt der Sprecher der SPD-Fraktion folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, die Verhandlungen mit anderen Unternehmen im Hinblick auf die Aufgabe der Bahnsparte durchzuführen. Die Ergebnisse sollen



in der nächsten nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgelegt werden, um dann in der Sitzung des Rates im April in öffentlicher Sitzung die Entscheidung zu treffen.“

Die Sprecherin der PETO-Fraktion nimmt den vorgenannten Antrag zur Kenntnis und beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Dem Antrag auf Sitzungsunterbrechung wird einstimmig zugestimmt.

Der Bürgermeister unterbricht daraufhin die Sitzung (von 19:55 Uhr bis 20:05 Uhr) für 10 Minuten.

Nach Wiederbeginn erteilt er dem Sprecher der CDU-Fraktion das Wort. Dieser erklärt, dem Verwaltungsvorschlag zustimmen zu wollen, da es unmöglich sei, dass die Verwaltung bis April Verträge vorlegen könne.

Auch die Sprecherin der PETO-Fraktion erklärt, dass dem Verwaltungsvorschlag zugestimmt werde. Durch eine Verschiebung der Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt seien keine neuen Erkenntnisse zu erwarten.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion teilt mit, dass nach den Erkenntnissen, die er durch die eingeschobene nichtöffentliche Beratung gewonnen habe, jetzt der Vorlage zustimmen werde. Das sei vor der Unterbrechung nicht der Fall gewesen.

Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung weitergehend ist als der Antrag der SPD-Fraktion, lässt der Bürgermeister zuerst über diesen abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

27 Ja-Stimmen: 12 PETO, 10 CDU, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM  
9 Nein-Stimmen: SPD  
Keine Enthaltungen

**mehrheitlich angenommen**

**Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein stimmt gemäß Ziffer 2.1.2.1 lit. m der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Monheim am Rhein zu, dass die Bahnsparte der BSM bis spätestens zum Stichtag 31.12.2014 aufgegeben wird.
2. Die Beschlüsse der Vertreter der Stadt Monheim am Rhein in den Gesellschaftsgremien der BSM sowie der Monheimer Versorgungs- und Verkehrs-GmbH (MVV) werden gemäß § 113 Abs. 1 GO NRW i. V. m. Ziffer 2.1.2.1 lit. n der Beteiligungsrichtlinie der Stadt Monheim am Rhein genehmigt.

Nach Beendigung der Beratung nehmen Herr Brühlend und Herr Werner wieder ihre Plätze ein.

**7 Konzept für das Ulla-Hahn-Haus - Grundsätze und Handlungsfelder  
Vorlage: VIII/1487**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das Konzept für das Ulla-Hahn-Haus in der als Anlage 1 vorgelegten Fassung.

**einstimmig zugestimmt**

### **Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)**

Der Bürgermeister ruft die 2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

## **8 Kindergartenbedarfsplanung 2014/2015 Vorlage: VIII/1457**

### **Beschluss**

#### **I U3-Betreuungsquote 2014/15**

Die Rechtsanspruchsversorgungsquote für Kinder im Alter unter drei Jahren im Kindergartenjahr 2014/2015 beträgt bedarfsgerecht 41%. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich noch im Aus- und Umbau befindlichen Plätze umzusetzen.

#### **II Kindergartenbedarfsplan 2014/15**

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

<b>Anzahl</b>	<b>Formen</b>	<b>Plätze</b>	<b>Gruppen</b>
2-6 Jahre	la	3	<b>0,15</b>
	lb	165	<b>8,25</b>
	lc	328	<b>16,4</b>
0-3 Jahre	IIa	4	<b>0,4</b>
	IIb	25	<b>2,5</b>
	IIc	96	<b>9,6</b>
3 Jahre und älter	IIIa	52	<b>2,08</b>
	IIIb	236	<b>9,44</b>
	IIIc	441	<b>22,05</b>

**einstimmig zugestimmt**

## **9 Ausweitung des Angebotes des Projektes Mo.Ki unter Drei Vorlage: VIII/1477**

### **Beschluss**

1. Die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V. erhält zur Ausweitung der Aufgaben der Familienhebamme im Kontext der Frühen Hilfen einen zusätzlichen pauschalen Zuschuss i.H. von jährlich 10.000€.
2. Die Verwaltung wird mit der Änderung des Kooperationsvertrages zum Projekt Mo.Ki „unter 3“ mit der AWO Bezirksverband Niederrhein e.V. be-

auftragt.

**einstimmig zugestimmt**

**10 Abschlussbericht Klimaschutzkonzept  
Vorlage: VIII/1451**

**Beschluss**

- 1) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das integrierte Klimaschutzkonzept in der vorliegenden Form.
- 2) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, einen Klimaschutzmanager auf drei Jahre befristet einzustellen, sofern die Gewährung von Fördermitteln und die Aufbringung des Eigenanteils sichergestellt sind. Der Stellenplan wird entsprechend angepasst.
- 3) Die entsprechenden Haushaltsmittel werden gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 der Haushaltssatzung in Höhe von 165.000 € bei Buchungsstelle 61.03.100/14 00 00 00/5012000 außerplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt in Höhe von 107.250 € durch Fördermittel des Bundesministeriums für Naturschutz, Umwelt und Reaktorsicherheit (bmu), der Eigenanteil in Höhe von 57.750 € durch Einsparungen bei der Kreisumlage.
- 4) Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beauftragt die Verwaltung, für das Berliner Viertel ein Konzept zur energetischen Quartiersanierung unter Hinzuziehung eines Fachbüros zu entwickeln, sofern die Gewährung von Fördermitteln und die Aufbringung des Eigenanteils sichergestellt sind.

**einstimmig zugestimmt**

**11 Umfang von Ausschuss- und Ratsvorlagen im Rahmen der Bauleitverfahren  
Vorlage: VIII/1464**

**Beschluss**

Der Vorschlag der Verwaltung zum Umgang mit Vorlagen im Rahmen der Bauleitplanverfahren wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Bebauungsplan 1 B 6. Änderung "Armin-Maiwald-Schule"  
- Satzungsbeschluss  
Vorlage: VIII/1422**

**Beschluss**

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr. 05 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplanung Nr. 1 B 6. Änderung „Armin-Maiwald-Schule“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung bei-

gefügt.

**einstimmig zugestimmt**

**13 Errichtung eines Anbaus an der Grundschule am Lerchenweg  
-Baubeschluss-  
Vorlage: VIII/1493**

**Beschluss**

1. Der Anbau an der Grundschule am Lerchenweg wird entsprechend der vorgestellten Planung ausgeschrieben und realisiert.
2. Das Raumprogramm wird gegenüber der bisherigen Beschlusslage um einen weiteren Klassenraum erweitert, um einen dritten Ganztagszug einrichten zu können.
3. Der Rat stimmt gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW in Verbindung mit § 7 Abs. 1 Satz 1 der Haushaltssatzung der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in Höhe von 233.000 € bei der Investitionsmaßnahme I 7102.059 „Anbau Lerchenweg“ zu. Die Deckung erfolgt soweit möglich aus den frei werdenden Mitteln aus der Maßnahme des Teilfinanzplans B „Anbau Armin-Maiwald-Schule“ (I 7101.017), darüber hinaus durch zusätzliche Erträge bei der Vollverzinsung der Gewerbesteuer.

**einstimmig zugestimmt**

**14 Umbau und Erweiterung an der Hermann-Gmeiner-Schule zur Schaffung  
eines Speiseraums und einer Küche  
-Baubeschluss-  
Vorlage: VIII/1497**

Ein Sprecher der CDU-Fraktion weist auf die trotz der geplanten Baumaßnahmen beengten Raumverhältnisse an Schulen hin. Er regt an, die Verwaltung möge einen „Masterplan“ hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Raumangebote erstellen.

Die Verwaltung teilt mit, dass kurzfristig eine zusammenfassende Darstellung in Bezug auf die Ogata-Planungen vorgelegt werden könne. Weiterhin sei geplant, die Schulentwicklungsplanung wegen grundlegender Änderung von Daten zeitnah zu überarbeiten und fortzuschreiben. Bei der Bearbeitung des Schulentwicklungsplanes werde die Anregung der CDU-Fraktion berücksichtigt.

**Beschluss**

1. Der Anbau an der Hermann-Gmeiner-Grundschule wird entsprechend der vorgestellten Planung ausgeschrieben und realisiert.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2014 enthaltenen Mittel in Höhe von 630.000 €.

**einstimmig zugestimmt**

**15 Nachtragshaushaltssatzung 2014  
Vorlage: VIII/1523**

Eingangs erklärt der Bürgermeister, dass leider in die Vorlage für den nichtöffentlichen Teil (Vorlage VIII/1519 „Ankauf eines Grundstücks“) Informationen, speziell den Umzug des städtischen Betriebshofes betreffend, eingeflossen seien, die in öffentlicher Sitzung beraten werden müssen. Diese Beschlusspunkte sollen bei der vg. nichtöffentlichen Vorlage gestrichen werden, so dass die nichtöffentliche Vorlage sich auf das reine Grundstücksgeschäft beschränke.

Die Informationen und Hintergründe, die ausschlaggebend für die Einbringung des Nachtragshaushaltes seien, wolle man nun bei der Beratung des jetzigen Tagesordnungspunktes dezidiert darstellen.

Er erteilt das Wort an Herrn Apsel und Herrn Lobe, die anhand von Powerpoint-Präsentationen den Zustand an den derzeitigen Betriebshofstandorten dokumentieren bzw. die Gegebenheiten und Grobplanungen für den neuen Standort vorstellen.

Der Bürgermeister bedankt sich für die Zusammenstellungen, die die Entscheidungsfindung unterstütze und erleichtere.

In der anschließenden Diskussion beantwortet die Verwaltung umfassend Fragen zu Einzeldetails, die sich sowohl auf die alten Standorte als auch den neuen Standort und die Kostenberechnung beziehen.

Der Sprecher der CDU-Fraktion macht deutlich, dass man sich für den Erwerb des Grundstücks bzw. den Entwurf des Nachtragshaushaltes ausspreche. Allerdings werde die CDU-Fraktion mit aller Deutlichkeit gegen die Herrichtung des Betriebshofes an diesem Standort votieren.

Die CDU-Fraktion präferiere die Errichtung eines Neubaus an anderer Stelle. Der Umbau der zu erwerbenden Halle stelle nur eine Kompromisslösung dar. Eigene Berechnungen hätten ergeben, dass ein Neubau einschließlich des Grunderwerbs deutlich kostengünstiger herzustellen sei, als der von der Verwaltung geplante Umbau an dem vorgesehenen Standort.

Es schließt sich eine Diskussion zu Einzelheiten der verschiedenen Berechnungen bzw. Berechnungsgrundlagen an.

Im Verlauf der Diskussion verweist der Sprecher der SPD-Fraktion auf die eingangs gemachten Ausführungen des Bürgermeisters, wonach die Einzelheiten zur Verlagerung des Betriebshofes heute nicht Gegenstand der Beschlussfassung bei TOP n° 4 (Vorlage VIII/1519) sein sollen. Die damit einhergehenden konkreten Einzelheiten sollten zu einem anderen Zeitpunkt zur Beratung vorgestellt werden. Heute ginge es lediglich um die Entscheidung, den Nachtragshaushalt einzubringen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion stimmt dem Vorredner zu und macht den Vorschlag, dass die Verwaltung für die nächsten Beratungen Alternativberechnungen anfertigen und als Beratungsgrundlage vorlegen solle. Dabei solle unterschieden werden zwischen

- a) Kosten für die Herrichtung bzw. Sanierung des Grundstückes und der Immobilien an der Robert-Bosch-Straße zur Nutzung als Betriebshof und
- b) Kosten für einen Neubau des Betriebshofes mit Grunderwerb an anderer Stelle.

Dieser Vorschlag wird positiv durch den Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen unterstützt.

Abschließend stellt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

### **Beschluss**

Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2014 wird eingebracht und mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

**einstimmig zugestimmt**

## **16 Entwurf Jahresabschluss 2008 der Stadt Monheim am Rhein Vorlage: VIII/1507**

Vor Eintritt in die Beratung weist der Bürgermeister auf die neue Seite 1 des Lageberichtes hin, die vor der Sitzung zum Austausch an die Plätze verteilt wurde.

Nach Worterteilung durch den Bürgermeister stellt die Kämmerin anhand einer Präsentation den Jahresabschluss 2008 vor. Sie führt eingehend zu dem gewählten formellen Verfahren aus. Abschließend stellt sie den weiteren Zeitplan für die Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 vor.

Alle Fraktionen bekunden Beifall zu den Ausführungen.

### **Beschluss**

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Monheim am Rhein von den Erleichterungsregelungen des Art. 8 § 4 NKFVG Gebrauch macht und entsprechend der Empfehlung des Ministeriums für Inneres und Kommunales den Jahresabschluss 2008 in der vom Bürgermeister bestätigten Fassung ohne formelle Prüfung und Feststellung angezeigt hat.

Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss 2008 von 9.001.575,94 € zum Ausgleich der Ausgleichsrücklage in Höhe des im Rahmen des Jahresabschlusses 2007 entnommenen Betrages von 2.879.523,74 €, den restlichen Jahresüberschuss zur Erhöhung der allgemeinen Rücklage in Höhe von 6.122.052,20 € zu verwenden.

**einstimmig zugestimmt**

## **17 Über- und außerplanmäßige Mittel im Jahre 2013 Vorlage: VIII/1511**

### **Beschluss**

Die vom Kämmerer / von der Kämmerin im Jahre 2013 über- und außerplanmäßig zur Verfügung gestellten Aufwendungen und Auszahlungen werden zur Kenntnis genommen.

**einstimmig zugestimmt**

## **18 Bildung eines Integrationsrates Vorlage: VIII/1491**

### **Beschluss**

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt, einen Integrationsrat gemäß § 27 Absatz 1 Satz 3 GO NRW zu bilden.
2. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat der Stadt Monheim am Rhein zu wählenden Mitglieder.

**einstimmig zugestimmt**

## **19 Vorschlagslisten für die Wahl ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Düsseldorf und Sozialgericht Düsseldorf Vorlage: VIII/1471**

Der Bürgermeister verliest die Namen der Personen, die - bis auf lfd. Nr. 14 - durch die Fraktionen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgeschlagen wurden.

Als Vertreterin für das Sozialgericht wird Frau Gabriele Hackel - CDU - vorgeschlagen.

### **Beschluss**

Zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter werden folgende Personen vorgeschlagen:

Für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf:

- |                          |                   |
|--------------------------|-------------------|
| 1. Petra Arend-Karl      | - SPD             |
| 2. Hans-Joachim Lorenz   | - SPD             |
| 3. Dr. Norbert Friedrich | - SPD             |
| 4. Michaela Nellen       | - PETO            |
| 5. Karin Riedel          | - PETO            |
| 6. Florian Klein         | - PETO            |
| 7. Rainer Zimmermann     | - PETO            |
| 8. Dominique Hackel      | - CDU             |
| 9. Heinz Jürgen Goldmann | - CDU             |
| 10. Radojka Kamps        | - CDU             |
| 11. Bruno Kosmala        | - CDU             |
| 12. Dr. Norbert Stapper  | - Bündnis90/Grüne |

13. Jens Tasche  
14. Franz, Christa

- FDP

Für das Sozialgericht in Düsseldorf:

Gabriele Hackel - CDU

**einstimmig zugestimmt**

20

**Antrag der SPD-Fraktion vom 06.02.2014 "Sachstand hinsichtlich der Verhandlungen zur Einrichtung eines Medizinischen Versorgungszentrums"  
Vorlage: VIII/1509**

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert die Hintergründe des Antrages. Aufgrund des Grundlagenbeschlusses sollte u. a. geprüft werden, ob eine Teilbelegung mit einer gerontopsychiatrischen Abteilung und ein Hospiz in einem medizinischen Versorgungszentrum eingerichtet werden könnten.

Der Bürgermeister berichtet über die Informationsveranstaltung für die in Monheim niedergelassenen Ärzte und weitere Interessenten aus medizinischen Berufen, die im Januar im Rathaus stattgefunden habe. Unter Hinweis auf die Analyse und die Grobkonzeption des Beratungsunternehmens Oberender & Partner macht er deutlich, dass es sich bei der Konzeption um die Einrichtung eines Gesundheitscampus handeln soll, bei dem die Ärzte, Apotheker und anderen Interessenten selbständig unternehmerisch tätig sein würden. Die Einrichtung eines medizinischen Versorgungszentrums, bei dem angestellte Ärzte tätig sein würden, sei nicht machbar. Nach der Informationsveranstaltung erhoffe man sich jetzt einen Kreis potentieller Nutzer, mit denen eine inhaltliche Konzeption besprochen und abgestimmt werden soll. Die bauliche Konzeption soll begleitend stattfinden. Das Interessenbekundungsverfahren laufe derzeit und sei sehr offen gestaltet hinsichtlich der gestellten Anforderungen. Der Zeitplan sehe vor, dass zunächst der Bebauungsplan mit dem Grundstückseigentümer abgestimmt werden solle. Anschließend müsse das Bebauungsplanverfahren durchlaufen werden. Mit dem Beginn der Umsetzung eines Gesundheitscampus rechne er ab dem Jahr 2015.

Zu der Nachfrage von Rats Herrn Anhut - FDP -, ob bereits Investoren ihr Interesse bekundet hätten, teilt der Bürgermeister mit, dass diesbezüglich bisher noch keine ernsthaften Gespräche geführt worden seien. Bevor kein inhaltliches Konzept vorliege, halte er dies auch für verfrüht.

Ratsherr Gunia -SPD- nimmt Bezug auf den Begriff "Gesundheitscampus", den der Bürgermeister in seinen Ausführungen mehrfach gewählt habe. Er weist darauf hin, dass unter dem Begriff "Gesundheitscampus NRW" bei der Fachhochschule Bochum akademische Abschlüsse für nichtärztliche Heilberufe erworben werden könnten. Er befürchtet, dass es deshalb unter Umständen in der Öffentlichkeit zu Missverständnissen kommen könne und regt an, den Begriff zu überdenken.

Der Bürgermeister nimmt die Anregung auf und erklärt, dass es sich lediglich um einen Arbeitstitel handele.



**21           Anfrage des Seniorinnen- und Seniorenbeirates vom 06.02.2014**  
**Vorlage: VIII/1508**

Der Bürgermeister gibt ergänzende Erläuterungen zu den schriftlich vorliegenden Unterlagen.

**22           Public-Private-Partnership - Bestellung des Vertragsbeauftragten**  
**Vorlage: VIII/1390**

**Beschluss**

Herr Michael Lobe wird mit Wirkung zum 01.04.2014 befristet für die Dauer von zwei Jahren zum städtischen Vertragsbeauftragten („Quasigeschäftsführer“) bestellt.

**einstimmig zugestimmt**

**23           Nachbesetzung im Jugendhilfeausschuss**  
**Vorlage: VIII/1489**

Die Nachbesetzung wird in der vorgeschlagenen Form zur Kenntnis genommen.

**24           Mündliche Mitteilungen**

**24.1       Termin Wahlausschuss**

Der Bürgermeister teilt mit, dass vor der nächsten Ratssitzung am 09.04.2014, um 16:00 Uhr der Wahlausschuss tagen wird.

Er bittet, den Termin vorzumerken. Der Termin werde in den Terminkalender des Ratsinformationssystems eingetragen.

**24.2       Teilnahme von Bediensteten an politischen Veranstaltungen**

Der Bürgermeister teilt mit, dass er städtischen Bediensteten wegen der Kommunalwahl nicht gestatte, in den kommenden Wochen an politischen Veranstaltungen teilzunehmen. Ziel sei die Wahrung von Neutralität. Er bittet um Verständnis für diese Vorgehensweise.

**24.3       Flyer "Citi Safari"**

Der Bürgermeister weist auf den Flyer und die Beschreibung zur Citi-Safari hin, die an die Plätze verteilt wurden. Es handele sich um eine interaktive Smartphone-Tour durch Monheim. Karten mit dem entsprechenden Code seien in der Touristeninformation zu erhalten. Er legt den Ratsmitgliedern einen Test der Citi-Safari nahe.

**24.4       Jugendamtsleiterin Frau Berg**

Der Bürgermeister teilt mit, dass Frau Berg als Jugendamtsleiterin zur Stadt Essen wechseln werde. Er gratuliert ihr zu diesem Karriereschritt. Die endgültige Entscheidung werde im Rat der Stadt Essen am 09.04.2014 erfolgen.

## **25 Mündliche Anfragen**

### **25.1 Anfragen von Ratsherrn Bosbach - CDU - zu verschiedenen Verkehrsregelungen im Stadtgebiet**

Herr Bosbach fragt an,

1. warum an den Fußgängerüberwegen am Kreisverkehr Rathausplatz/Gartzenweg/Krischerstraße/Alte Schulstraße die Verkehrszeichen 350 „Fußgängerüberweg“ nicht angebracht wurden;
2. warum auf der Alten Schulstraße das eingerichtete Durchfahrtsverbot zwischen 22 Uhr und 6 Uhr, das zum Lärmschutz der Patienten des Krankenhauses eingerichtet wurde, noch nicht entfernt wurde;
3. ob Verhandlungen mit dem K-Plus-Verband erfolgt seien, den Krankenhausparkplatz für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
4. Herr Bosbach erklärt, dass es auf der Mittelstraße vor dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Firma Sanol eine große Einfahrt zu dem Betriebsgelände besteht. 20 – 25 Meter in östlicher Richtung von dieser Einfahrt besteht ein absolutes Halteverbot. Aufgrund seiner Beobachtungen fände dort kein großer LKW-Verkehr mehr statt, der die Notwendigkeit eines Halteverbotes und damit Wegnahme von 5 oder 6 Parkplätzen begründen könnte. Er bittet um Überprüfung.

Zu Frage 1 teilt Herr Apsel mit, dass in 30er-Zonen das Verkehrszeichen 350 nicht aufgestellt werden müsse. Durch die Fahrbahnmarkierungen erfolge die verkehrsrechtliche Regelung.

Zu Frage 2 antwortet der Bürgermeister, dass die verkehrliche Anordnung aufgehoben worden sei. Warum die Demontage des Verkehrsschildes noch nicht erfolgt sei, werde überprüft.

Zu Frage 3 teilt der Bürgermeister mit, dass die Parkplatzfreigabe überprüft und die notwendigen Verhandlungen mit dem Ziel einer dauerhaften Öffnung des Parkplatzes aufgenommen würden.

Bezüglich der Frage 4 sagt der Bürgermeister die Überprüfung und schriftliche Information zu.

### **25.2 Anfrage von Ratsherrn Kosmala - CDU - Einrichtung einer Nebenstelle der Langenfelder Felix-Metzmacher-Hauptschule in Monheim**

Herr Kosmala nimmt Bezug auf Presseberichterstattung, wonach in Monheim eine Zweigstelle der Langenfelder Felix-Metzmacher-Hauptschule in den Räumen der Anton-Schwarz-Schule eingerichtet werden solle, damit dort 17 Monheimer Schülerinnen und Schüler beschult werden können, die nicht weiter auf der Monheimer Realschule verbleiben können, weil diese aufgelöst werde. Eine Aufnahme in der Sekundarschule sei nicht möglich, weil hier die zutreffende Jahrgangsstufe noch nicht angeboten werde.

Zu den verschiedenen Fragen, u.a. von welchem Lehrerkollegium die Unterrichtung stattfinden soll, u.a. hinsichtlich der Eignung des Lehrpersonals oder zu den

organisatorischen Problemen, falls das Lehrpersonal aus Langenfeld kommen sollte, führt die Verwaltung zu der konkreten Organisation der zukünftigen Beschulung aus. Die geplante Lösung sei gemeinsam mit der Bezirksregierung und der Stadt Langenfeld entwickelt und abgestimmt worden. Bezüglich der Eignung zur Beschulung durch Realschullehrer erklärt die Verwaltung, dass bereits in der Vergangenheit die Realschule Schüler mit Hauptschulempfehlung aufgenommen habe. Es werde kein Pendelverkehr des Lehrpersonals stattfinden. Ggf. finde eine tageweise Abordnung statt.

Ergänzend teilt die Verwaltung mit, dass ein Konzept zur besonderen Unterstützung der betroffenen Schülerinnen und Schüler aufgelegt werde. Lerncoaches werden in verschiedenen Phasen zum Einsatz kommen.

**25.3      Anfrage von Ratsherrn Brühland - CDU - zur Verkehrssituation in der Schildgesgasse**

Herr Brühland bittet um Überprüfung, ob für die Schildgesgasse eine Durchfahrtsperre für LKW angeordnet werden könne. Der Bürgermeister sagt entsprechende Überprüfung und schriftliche Information zu.

**25.4      Anfrage von Ratsherrn Nagy - CDU - Vermietung des Ulla-Hahn-Hauses**

Herr Nagy bezieht sich jeweils auf Veranstaltungen von PETO und SPD, die im Ulla-Hahn-Haus stattgefunden hätten. Dem CDU Ortsverband sei auf Nachfrage eine Veranstaltung nicht erlaubt worden. Er fragt nach evtl. bestehenden Vermietungsregelungen.

Der Bürgermeister teilt mit, dass das Ulla-Hahn-Haus grundsätzlich auch für Veranstaltungen politischer Parteien zur Nutzung überlassen werden soll. Die bestehende Nutzungs- und Entgeltordnung werde derzeit überarbeitet und werde kurzfristig dem Rat zur Beratung und Entscheidung vorgelegt.

Bezüglich des angesprochenen Vorfalles handele es sich um ein Missverständnis, für das er sich entschuldige.

**25.5      Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - Fahrradabstellmöglichkeiten im Stadtgebiet**

Herr Poell bittet die Verwaltung um Überprüfung, ob an folgenden Standorten im Stadtgebiet weitere Fahrradabstellmöglichkeiten bereitgestellt werden können: Am Ende der Turmstraße, zusätzliche Plätze am Busbahnhof und im Zuge des weiteren Ausbaus der Krischerstraße.

Der Bürgermeister erklärt, dass bei der Planung der Krischerstraße Fahrradabstellplätze bereits berücksichtigt werden.

Die weiter genannten Anregungen werden aufgenommen und überprüft.

**25.6      Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - zur Erschließungsmaßnahme Hofstraße**

Herr Poell bezieht sich auf die Erschließungsmaßnahme Hofstraße, durch die für die Anlieger erhebliche Kosten verursacht würden. Er fragt nach, ob Stundungen möglich seien, um Härtefälle zu vermeiden.

Der Bürgermeister nimmt auf die stattgefundenen Informationsveranstaltungen Bezug. Dort sei auf die Möglichkeit zur Stundung hingewiesen worden. Eine Überprüfung finde im jeweiligen Einzelfall statt.

**25.7      Anfrage von Ratsherrn Poell - Bündnis90/Die Grünen - zum Aktivierungsprogramm der städtischen Wirtschaftsförderung für die Monheimer Altstadt**

Herr Poell bezieht sich auf Presseinformationen zum Aktivierungsprogramm der Altstadt und den Ideenwettbewerb für ein Nutzungskonzept sowie einen Betreiber für eine Altstadtimmobilie. Die in dem Artikel aufgeführten Termine, speziell der genannte Eröffnungstermin im September, sei für ihn unvorstellbar. Er fragt die Verwaltung, ob die in der Zeitung genannten Termine zutreffend seien.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Pressekonferenz und erklärt, dass geplant sei, kurzfristig bauliche Veränderungen - ohne Vorfestlegungen hinsichtlich einer späteren Nutzung zu treffen – zu erledigen. Herr Waters teilt ergänzend mit, dass nach der Auswertung des Ideenwettbewerbs Ende April frühzeitig die konkreten Ausbauarbeiten gestartet werden sollen, so dass mit einem schnellen Beginn des Betriebes im September ausgegangen werde.

**25.8      Anfrage von Ratsherrn Risse - PETO - Sachstandsbericht zum städtischen Mängelmelder**

Herr Risse fragt nach einem Sachstandsbericht zum städtischen Mängelmelder im Internet.

Der Bürgermeister erklärt, dass in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen ein Bericht vorgelegt werde. Da sich ungefähr 90 Prozent der Mängel auf den Baubereich beziehen würden, werde der Bericht durch den Baubereich erarbeitet. Eine Darstellung der Schnittstellen werde ebenfalls erfolgen.

**25.9      Anfrage von Ratsherrn Risse - PETO - Herausgabe eines schriftliches Telefonverzeichnis**

Zu der Frage von Herrn Risse, ob den Ratsmitgliedern ein städtisches Telefonverzeichnis in Schriftform zur Verfügung gestellt werden könne, weist der Bürgermeister auf das im Intranet der Verwaltung zur Verfügung stehende Telefonverzeichnis hin. Über die Fraktionsbüros sei ein Zugang zum Telefonverzeichnis gewährleistet.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern für ihr Interesse.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin